

Kein Widerspruch: Weitsichtige Klimapolitik und Wirtschaftswachstum

Wirtschaftswachstum und Klimaschutz sind kein Widerspruch: Zielgerichtete wirtschaftspolitische Anreize führen zu einem nachhaltigen BIP-Wachstum. *Anthony Cox, Zoe Lagarde*

Abstract Der OECD-Bericht «Investing in Climate, Investing in Growth» erläutert, wie Staaten ein starkes und inklusives Wirtschaftswachstum erzielen und ihre Volkswirtschaften auf eine CO₂-arme Entwicklung ausrichten können. Dazu sind Strukturreformen, steuerliche Massnahmen und eine Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen erforderlich. Werden Klimaschutzmassnahmen und Wirtschaftsreformen kombiniert, steigt die Produktivität, und neue Wachstumsquellen werden erschlossen. Das geschätzte Wirtschaftswachstum in den G-20-Staaten beträgt 2,5 Prozent im Jahr 2050 (Nettoeffekt), sofern man von einem verhältnismässig ehrgeizigen Szenario ausgeht, bei dem eine Wahrscheinlichkeit von 66 Prozent besteht, dass das 2-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens erreicht wird. Werden zudem die positiven Effekte durch vermiedene Klimaschäden berücksichtigt, steigt das BIP um 4,7 Prozent.

Ohne Gegenmassnahmen hat der Klimawandel beträchtliche ökologische, soziale und gesundheitliche Kosten zur Folge. Wirtschaftswachstum und Produktivitätssteigerung stehen dabei nicht im Widerspruch zu den Klimazielen von Paris. Wie ein nachhaltiges Wachstum bewerkstelligt werden kann, hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Bericht «Investing in Climate, Investing in Growth» vom Mai 2017 erläutert.¹

Das Pariser Klimaabkommen von 2015 war für die internationale Gemeinschaft ein wichtiger Schritt, da es ihr gelang, langfristige Klimaziele festzulegen und einen umfassenden Rahmen zu schaffen. Allerdings reichen die zugesicherten nationalen Beiträge² nicht aus, um den durchschnittlichen globalen Temperaturanstieg auf unter 2 Grad Celsius zu begrenzen und um die Anstrengungen zur Beschränkung der Temperaturerhöhung auf 1,5 Grad fortzusetzen. Würden alle nationalen Beiträge vollständig umgesetzt, würde die globale Erwärmung Schätzungen zufolge immer noch rund

3 Grad betragen – was mit beträchtlichen ökologischen und wirtschaftlichen Kosten verbunden ist.

Dass Regierungen und Unternehmen vor ehrgeizigeren Klimaschutzmassnahmen zurückschrecken, hängt oft mit einem befürchteten Verlust der Wettbewerbsfähigkeit zusammen. Diese Denkweise ist gefährlich, denn ein mit hohen Emissionen verbundenes Wachstum erhöht die Klimarisiken und die damit verbundenen negativen Umwelteffekte signifikant. Beispielsweise steigt als Folge der Meeresspiegel an, extreme Wetterereignisse treten häufiger auf, und die Luftverschmutzung nimmt zu – was die Sterblichkeit erhöht. All diese Effekte wirken sich negativ auf die Wirtschaftsleistung und den Wohlstand im Allgemeinen aus. Da die künftige Gefährdung durch den Klimawandel von den heute getroffenen Entscheidungen abhängt, sind die Planung von Anpassungsmassnahmen und einer höheren Resilienz sowie entsprechende Investitionen entscheidend, um die Exposition gegenüber Klimarisiken zu verringern.

Die richtige Formel finden

Die im OECD-Bericht angewendeten Modelle zeigen: Wenn die Klimaschutzmassnahmen mit wirksamen steuer- und strukturpolitischen Reformen kombiniert werden, kann ein stabiles, inklusives und nachhaltiges Wachstum erzielt werden. Beim verhältnismässig ehrgeizigen Szenario (Wahrscheinlichkeit von 66 Prozent, dass das 2-Grad-Ziel erreicht wird) steigt die Wirtschaftsleistung in den G-20-Staaten bis im Jahr 2050 im Vergleich zur gegenwärtigen Politik um 2,5 Prozent (siehe *Abbildung*).

¹ OECD (2017). *Investing in Climate, Investing in Growth*. Paris.

² Nationally Determined Contributions (NDC).

Darüber hinaus bringt die Vermeidung kostenintensiver Klimaschäden weitere wirtschaftliche Vorteile. Diese fallen je nach geografischer Lage eines Landes unterschiedlich aus und sind schwierig abzuschätzen. Im erwähnten Szenario wird davon ausgegangen, dass im Jahr 2050 der Nettowachstumseffekt 4,6 Prozent betragen könnte, wenn man die vermiedenen Schäden zum Wirtschaftswachstum addiert.

Aus den tieferen langfristigen Kosten und den geringeren übrigen Risiken des Klimawandels ergeben sich weitere wirtschaftliche, ökologische und soziale Vorteile. So werden neue Märkte erschlossen, und es ergeben sich Geschäftsmöglichkeiten im Zusammenhang mit emissionsarmen Infrastrukturen, Technologien und Dienstleistungen. Klare, langfristige politische Rahmenbedingungen, die auf ehrgeizige Klimaschutzmassnahmen ausgerichtet sind, erhöhen dabei das Marktvertrauen in klimafreundliche Investitionen, fördern die Forschung und Innovationen und steigern die Produktivität in allen Branchen.

Strukturenreformen umsetzen

Um die klimafreundliche Umstellung erfolgreich zu bewerkstelligen, müssen die Klimaziele in umfassendere Strukturreformen und nationale Entwicklungsprogramme integriert werden. Diese helfen den Volkswirtschaften, sich auf emissionsarme und klimaresistente Entwicklungsansätze auszurichten – wodurch starke und integrative Wachstumsmodelle gefördert werden. Wichtig sind insbesondere Strukturreformen, mit denen sich sowohl die Produktivität als auch die Wirtschaftstätigkeit steigern lassen. Dabei muss man darauf fokussieren, die Ressourcen wirksam neu zu verteilen, die Entwicklung und die Verbreitung neuer Technologien zu beschleunigen, die Arbeitsmärkte dynamischer zu gestalten sowie den Eintritt von Unternehmen in bestimmte Wirtschaftssektoren zu erleichtern.

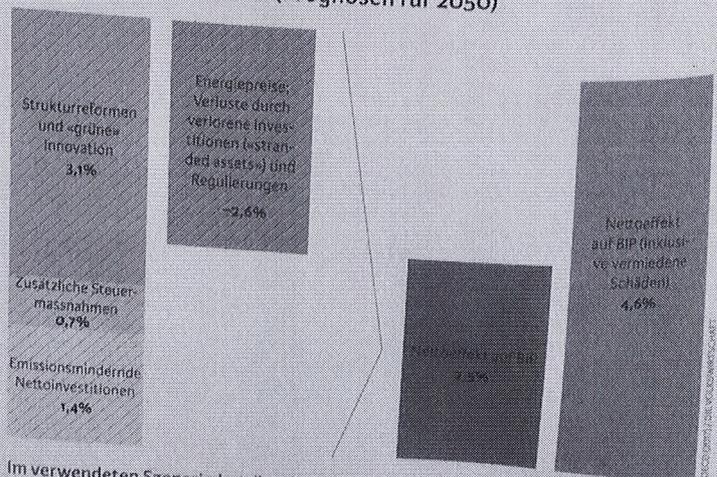
Entsprechende Reformpakete sollten darauf abzielen, das Unternehmertum zu erleichtern – insbesondere in Dienstleistungsbranchen mit starkem Wachstum und hoher Wertschöpfung. Eine grössere Marktflexibilität ist besonders wichtig, da der Übergang zu emissions-

armen und klimaresistenten Volkswirtschaften deutlich weniger disruptiv gestaltet werden kann, wenn es in zentralen Sektoren und Märkten zu weniger Friktionen kommt. Dadurch können neue Anbieter einfacher in den Markt eintreten, und es können neue Unternehmen entstehen und neue Arbeitsplätze geschaffen werden, während gleichzeitig der Ausstieg aus emissionsintensiven Sektoren erleichtert wird. Wenn der Wettbewerb auf den Märkten und die Arbeitsflexibilität gefördert werden, sind die Unternehmen eher in der Lage, auf sich ändernde Marktbedingungen zu reagieren, Innovationen zu entwickeln und ihre Produktivität zu steigern. Mit einer solchen Politik kann man unter anderem die Entwicklung von wissensbasiertem Kapital, hoch produktiven Technologien und hoch qualifizierten Arbeitskräften ankurbeln. Dies würde zu einer höheren Wirtschaftsleistung und zu höheren Einkommen führen, wodurch die Binnennachfrage gestützt würde.

Steuerliche Anreize schaffen

Eine wichtige Rolle spielt die Fiskalpolitik: Um allfällige politische Fehlansrichtungen zu erkennen, muss die Steuerpolitik umfassend auf klimapolitische Fehlansätze geprüft werden.

BIP-Wachstum in den G-20-Staaten dank Klimaschutzmassnahmen und Wirtschaftsreformen (Prognosen für 2050)



Im verwendeten Szenario beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass das 2-Grad-Ziel erreicht wird, 66 Prozent.

Insbesondere lässt sich mit der Aufhebung von Energiesubventionen wie vergünstigten Stromtarifen ein Anreiz für emissionsarmes Wachstum schaffen. Indem derzeit Energiepreise künstlich tief gehalten werden und nicht die tatsächlichen Kosten widerspiegeln, bieten Investitionen in technologische Verbesserungen (zum Beispiel Nachrüstungen zur Steigerung der Energieeffizienz) unter Umständen weniger attraktive Renditen, wodurch ein verschwendeter Verbrauch gefördert wird und höhere Kosten für den Staat anfallen. Demgegenüber schafft ein schrittweiser Abbau solcher Subventionen einen Anreiz für Investitionen – was Ineffizienzen reduziert und die Produktivität erhöht. Ein weiteres Beispiel für widersinnige steuerliche Regelungen ist die Möglichkeit, Arbeitnehmenden aus steuerlichen Gründen Firmenwagen zur privaten Nutzung zu überlassen oder die Autofahrkosten für den Arbeitsweg von der Einkommenssteuer abzuziehen.

Innovationen begünstigen

Auch bestimmte Steuer- und Rechnungslegungsvorschriften können Investitionen in CO₂-intensive Anlagen begünstigen. Wenn beispielsweise die variablen Kosten von Energieinvestitionen unmittelbar als Aufwand verbucht werden dürfen, begünstigt dies stark umweltschädliche Stromerzeugungstechnologien, da dies weniger stark auf den Gewinn schlägt. Technologien mit einem hohen Anteil an Vorlaufkosten hingegen, wie beispielsweise Technologien für erneuerbare Energien, werden durch solche Rechnungslegungsbestimmungen tendenziell benachteiligt.

Umgekehrt können durchdachte fiskalische Massnahmen – wie beispielsweise CO₂-Steuern und höhere Abschreibungen – die Investitionen in erneuerbare Energien erhöhen. Indem man Verluste von einem Geschäftsjahr auf ein anderes übertragen darf, lässt sich die Wirtschaftlichkeit von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien ebenfalls verbessern, da diese

in der Investitionsphase relativ kostenintensiv sind. Ein zentraler Punkt ist die steuerliche Begünstigung von Forschung und Entwicklung, die auf den Klimawandel ausgerichtet ist. Zusammen mit der Bevorzugung klimafreundlicher Innovationen können die Forschungsprojekte positive Übertragungseffekte auslösen, die es letztlich den Staaten ermöglichen, CO₂-intensive Entwicklungskonzepte aufzugeben. Um Treibhausgasemissionen aus der Industrie und aus dem Strassenverkehr, der Schifffahrt und der Luftfahrt zu beseitigen sowie um unter anderem einen Durchbruch bei der Energiespeicherung zu erzielen, ist Forschung und Entwicklung fundamental.

Abschliessend lässt sich sagen: Ein emissionsarmes und klimaresistentes Wachstum erreicht man am besten mit einer Kombination von Klimapolitik und wachstumsfördernden Steuer- und Strukturreformen. Die Regierungen sollten ihre nationale Struktur- und Steuerpolitik überdenken, um Investitionen auf emissionsarme und klimaresistente Lösungen zu lenken – beispielsweise von «harten» Infrastrukturinvestitionen zu «weichen» Investitionen in Forschung und Entwicklung. Wesentlich sind grössere Anstrengungen, um mehr private und öffentliche Investitionen zu mobilisieren. Eine Schlüsselrolle spielen dabei Entwicklungsbanken sowie multilaterale, bilaterale und nationale Finanzinstitutionen. Vor diesem Hintergrund haben die Umweltbehörde der Vereinten Nationen, die Weltbank-Gruppe und die OECD deshalb die Initiative «Financing Climate Futures: Rethinking Infrastructure» gegründet. Damit wollen sie die Regierungen dabei unterstützen, die Finanzströme auf emissionsarme Lösungen und eine klimaresistente Entwicklung zu lenken – um so die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.

Anthony Cox

Vizedirektor, Direktion Umwelt, OECD, Paris

Zoe Lagarde

Politikberaterin, Direktion Umwelt, OECD, Paris